

Matthias Morawietz

Die rechts- und parteifähige Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Zivilprozess



Nomos

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
Teil 1 Grundlagen zur Gesellschaft bürgerlichen Rechts	15
§ 1 Anerkennung der Rechts- und Parteifähigkeit	15
A. Die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 29. Januar 2001	15
B. Allgemeine Konsequenzen aus der Anerkennung der Rechtsfähigkeit	18
C. Haftungsrechtliche Konsequenzen aus der Anerkennung der Rechtsfähigkeit	20
I. Haftung der Gesellschafter für Gesellschaftsschulden	20
II. Haftung des Gesellschaftsvermögens für Privatschulden der Gesellschafter	23
§ 2 Die Achillesfersen der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	26
A. Vielgestaltigkeit der Erscheinungsformen	26
B. Fehlende Formbedürftigkeit	28
C. Fehlende Registerpublizität	30
§ 3 Gesellschaften bürgerlichen Rechts mit und ohne Rechtsfähigkeit	33
A. Abgrenzung zwischen Innen- und Außengesellschaft	33
B. Beschränkung der Rechtsfähigkeit auf bestimmte Außengesellschaften?	38
I. Mögliche Abgrenzungskriterien	39
1. Unternehmenstragende Gesellschaften	39
2. Wirtschaftliche Tätigkeit	40
3. Erwerbsgesellschaft	40
4. Personifikation der Personenverbände	42
5. Gesteigerte Komplexität	43
6. Tatsächliche Teilnahme am Rechtsverkehr	44
II. Zusammenfassung und Stellungnahme	45
C. Ergebnis	46
§ 4 Die Vertretung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	47
A. Grundlagen	47
B. Nachweis der Vertretungsmacht	49
C. Der allgemeine Vertrauensschutz	51
I. Voraussetzungen und Rechtsfolgen des allgemeinen Vertrauensschutzes	51
II. Übertragung des allgemeinen Vertrauensschutzgedankens auf die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	51

1.	Vorliegen eines Vertrauenstatbestandes	52
a)	Vollmachtsurkunde	52
b)	Bestätigungserklärung	53
c)	Gesellschaftsvertrag	54
2.	Zurechenbarkeit des Vertrauenstatbestandes	56
a)	Schwierigkeiten auf Grund fehlender Registerpublizität des Gesellschafterbestandes	57
b)	Zurechnung bei Gesamtvertretung	58
3.	Kenntnis des Vertrauenstatbestandes, darauf beruhende Vertrauensinvestition und guter Glaube des vertrauenden Dritten	62
4.	Rechtsfolgen bei Eingreifen des Vertrauensschutzes	63
III.	Prüfung der erarbeiteten Erkenntnisse an Hand eines praktischen Beispielsfalls	64
IV.	Erweiterung des allgemeinen Vertrauensschutzgedankens auf den Zivilprozess	66
D.	Ergebnis	67
Teil 2 Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts im Zivilprozess		69
§ 5	Die Parteifähigkeit der Gesellschaft bürgerlichen Rechts	69
A.	Parteifähigkeit als Konsequenz der Rechtsfähigkeit	71
B.	Mindestanforderungen an die Parteifähigkeit	77
I.	Handlungsorganisation, Haftungssubstrat und Identitätsausstattung	77
II.	Natürliche Publizität	80
III.	Stellungnahme	81
C.	Ergebnis	82
§ 6	Prüfung der Parteifähigkeit	82
A.	Vorrangprinzip oder Gleichwertigkeit der Urteilsvoraussetzungen?	82
B.	Ergebnis	86
§ 7	Gerichtsstand	86
A.	Allgemeiner Gerichtsstand einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	86
B.	Vertrauensschutz bei Auseinanderfallen von Gesellschaftssitz und Betriebsmittelpunkt	88
I.	Vorliegen eines Vertrauenstatbestandes	89
II.	Zurechenbarkeit des Vertrauenstatbestandes	89
III.	Kenntnis des Vertrauenstatbestandes, darauf beruhende Vertrauensinvestition und guter Glaube des vertrauenden Dritten	90
C.	Prorogationsbefugnis einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	91

D.	Gerichtsstand für eine Klage gegen die Gesellschafter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	91
E.	Ergebnis	93
§ 8	Parteibezeichnung und Individualisierbarkeit	94
A.	Allgemeines zur Parteibezeichnung	94
B.	Parteibezeichnung und Benennung der gesetzlichen Vertreter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts auf Klägerseite	96
I.	Parteibezeichnung einer klagenden Gesellschaft bürgerlichen Rechts	97
II.	Pflicht einer klagenden Gesellschaft bürgerlichen Rechts zur Benennung mindestens eines gesetzlichen Vertreters	100
C.	Parteibezeichnung und Benennung der gesetzlichen Vertreter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts auf Beklagtenseite	102
I.	Parteibezeichnung einer beklagten Gesellschaft bürgerlichen Rechts	102
1.	Bezeichnung einer beklagten Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit eigenem Namen	102
2.	Bezeichnung einer beklagten Gesellschaft bürgerlichen Rechts ohne eigenen Namen	106
II.	Benennung der gesetzlichen Vertreter einer beklagten Gesellschaft bürgerlichen Rechts	107
D.	Ergebnis	108
§ 9	Die Zustellung an eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts	109
A.	Zustellung an die gesetzlichen Vertreter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	110
B.	Erweiterung des Kreises möglicher Zustellungsadressaten	111
I.	Vorliegen eines Vertrauenstatbestandes	113
II.	Zurechenbarkeit des Vertrauenstatbestandes	114
III.	Kenntnis des Vertrauenstatbestandes, darauf beruhende Vertrauensinvestition und guter Glaube des vertrauenden Dritten	115
C.	Ergebnis	116
§ 10	Gesellschaftsprozess und Gesellschafterprozess	117
A.	Vollstreckung in das Gesellschaftsvermögen und in das Privatvermögen der Gesellschafter	119
I.	Vollstreckung in das Gesellschaftsvermögen einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts	119
1.	Titel gegen die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	120
2.	Titel gegen die Gesellschafter	120
II.	Vollstreckung in das Privatvermögen der Gesellschafter	127
B.	Präklusions- und Rechtskraftwirkung	129
I.	Präklusions- und Rechtskraftwirkung zu Lasten eines Neugesellschafters	130

II.	Präklusions- und Rechtskraftwirkung zu Lasten eines ausgeschiedenen Gesellschafters	131
1.	Vorliegen eines Vertrauenstatbestandes	133
2.	Zurechenbarkeit des Vertrauenstatbestandes	133
3.	Kenntnis des Vertrauenstatbestandes, darauf beruhende Vertrauensinvestition und guter Glaube des vertrauenden Dritten	134
4.	Rechtsfolge bei Eingreifen des Vertrauensschutzes	135
C.	Ergebnis	135
§ 11	Verjährungshemmende Maßnahmen	136
A.	Verjährungshemmende Maßnahmen gegen die Gesellschaft bürgerlichen Rechts	136
I.	Erstreckung der Hemmungswirkung auf Neugesellschafter	137
II.	Erstreckung der Hemmungswirkung auf ausgeschiedene Gesellschafter	138
B.	Verjährungshemmende Maßnahmen gegen die Gesellschafter	138
C.	Ergebnis	144
§ 12	Kostenhaftung	144
A.	Kostentragung bei Klageabweisung wegen Nichtexistenz oder fehlender Rechts- und Parteifähigkeit der klagenden Gesellschaft bürgerlichen Rechts	145
B.	Kostentragung bei Klageabweisung aus sonstigen Gründen	146
I.	Kostenfestsetzung gegen die Gesellschafter	147
II.	Kostengrundentscheidung gegen die Gesellschafter	148
1.	Isolierte Kostendrittwiderklage	148
2.	Isolierte Kostengrundentscheidung analog § 91a ZPO	150
3.	Kostengrundentscheidung gegen die Person, die als gesetzlicher Vertreter benannt wurde	150
C.	Ergebnis	152
Teil 3	Zusammenfassung und Ergebnisse in Thesen	153
Literaturverzeichnis		159
Aufsätze und Entscheidungsanmerkungen		159
Monographien		170
Festschriften und Festgaben		173
Kommentare und Lehrbücher		175
Rechtsprechungsverzeichnis		179
Reichsgericht und Bundesgerichtshof		179
Oberlandesgerichte, Bayerisches Oberstes Landesgericht		183
Sonstige Gerichte		185